

# Stadt möchte Schützenburg übernehmen

Für die Auflösung der Trägergesellschaft bedarf es aber eines einstimmigen Beschlusses der Gesellschafter

VON ANDREAS ARNOLD

**Gummersbach.** Mit dem Umzug der Gummersbacher Schützen vom Steinberg auf das Steinmüllergelände und einer gelungenen Premiere im Jahr 2025 dort hat die Stadthalle bzw. Schützenburg, wie das unter Denkmalschutz stehende Gebäude auch heißt, ihren ursprünglichen Zweck, für den sie einst gebaut wurde, im Grunde verloren. Für Festivitäten unterschiedlichster Art, und nun auch das Schützenfest, hat sich die Halle 32 längst etabliert.

Doch wie geht es weiter mit der Schützenburg, der „guten Stube“ der Stadt? Seit Oktober 2015 ist der Betreiber eines asiatischen Restaurants Mieter. Die Stadthalle GmbH, also die Trägergesellschaft, – bestehend aus der Stadt Gummersbach und den fünf vaterstädtischen Vereinen Schützenverein, VfL Gummersbach, Hexenbuschverein, Bürgerverein und Gesellschaft zur Eintracht – wird von mehreren ehrenamtlichen Geschäftsführern geleitet. Aktuell ist es mit Uwe Schneevogt aber nur einer.

## Schon Gespräche geführt

Mit Blick auf die veränderte Ausgangslage möchte Bürgermeister Raoul Halding-Hoppenheit als Vertreter des Mehrheitsgesellschafters gerne erreichen, dass die Trägergesellschaft aufgelöst wird und die Halle gemäß Satzung an die Stadt fällt. In der Eintracht, wo Halding-Hoppenheit auch Mitglied ist, hat er bereits während der letzten Jahreshauptversammlung dafür geworben – und keinen Widerspruch bekommen, wie er berichtet. Mit Vertretern des VfL Gummersbach e.V. hat er ebenfalls gesprochen genauso mit den Schützen. Hexenbusch- und Bürgerverein stünden noch aus, sagt der Bürgermeister, der auf ein deutliches Votum für seine Pläne hofft.



Der Abriss der Stadthalle sei keine Option, sagt der Gummersbacher Bürgermeister.

Foto: Arnold

Uwe Schneevogt berichtet, dass die Betreuung der Stadthalle als Ehrenamtler kaum zu leisten sei, er könne sich nicht jeden Tag kümmern, weil er auch noch eine eigene Firma habe. Dass der Bürgermeister die Gesellschaft gerne auflösen möchte, könne er gut verstehen. Bei so vielen Gesellschaftern sei die Lage bisweilen doch komplex. „Für alle Beteiligten wäre es sicher so einfacher“, sagt der Geschäftsführer, der erst zum 1. Januar 2025 den Vertrag mit dem Pächter um weitere zehn Jahre hatte verlängern können. Dass

die Funktion des Geschäftsführers mit Auflösung der Gesellschaft wegfallen, findet er allerdings mit Blick auf den direkten Kontakt zum Pächter keinen Gewinn.

Schneevogts Schilderungen kann der Bürgermeister absolut verstehen. Qualität und Inhalt dieses Amtes seien nicht mehr mit dem zu vergleichen, was vor Jahren vielleicht der Standard gewesen sei. „Da wird einem technisch, kaufmännisch und juristische eine Menge abverlangt“, sagt er. Uwe Schneevogt und bis zuletzt auch der inzwischen aus-

geschiedene Stephan Höller hätten all die Jahre eine „braven Kampf“ geführt.

Dass man die alte Struktur jetzt ändern sollte, davon ist Halding-Hoppenheit fest überzeugt und hat das auch schon mit der Politik im Ältestenrat erörtert. „Die Halle ist bei der Stadt in guten Händen“, sagt der Bürgermeister. Für die Auflösung der Gesellschaft sei aber ein einstimmiger Beschluss erforderlich. „Das darf also nicht strittig sein.“ Und schon jetzt betont der Rathauschef, dass es keinen Grund zur Sorge

gebe, die Stadt könnte die Halle abreißen lassen. Für ihn sei das Denkmal und sein Erhalt eine „Herzensangelegenheit“, wie der Bürgermeister es nennt. Er könne sich sehr gut vorstellen, dass das Objekt von der städtischen Immobilienwirtschaft betreut werde. „Und wenn man mir die Frage stellt, warum wir uns als Stadt einen solchen Mühlstein um den Hals hängen wollen, kann ich nur antworten, dass wir per Gesellschaftsvertrag ohnehin bürgen“, sagt Raoul Halding-Hoppenheit dieser Zeitung.

## Motorradfahrer bei Sturz verletzt

**Breun.** Weil er von einem anderen Kraftfahrer touchiert wurde, ist ein Motorradfahrer am Sonntag bei Lindlar-Breun gestürzt und schwer verletzt worden. Die Polizei berichtet, dass der 57-Jährige aus Hückeswagen mit seiner Maschine um 13.30 Uhr auf der L284 in Richtung Wipperfürth unterwegs war. Als er eine vor ihm fahrende Autofahrerin überholte, fuhr plötzlich von hinten ein 31-jähriger Motorradfahrer aus Leverkusen an ihm vorbei und berührte dabei seine Maschine. Der 57-Jährige verlor die Kontrolle und stürzte auf den Asphalt. Die Besatzung eines Rettungswagens brachte ihn ins Krankenhaus. (r)

## Einbrecher stehlen Bares

**Waldbröl.** Einbrecher haben am Sonntag aus einem Wohnhaus in Waldbröl Bargeld gestohlen. Nach Angaben der Polizei müssen die bislang unbekannt Täter irgendwann in der Zeit zwischen 14 und 19 Uhr an dem Einfamilienhaus an der Turnerstraße die Terrassentür eingeschlagen haben. Dann durchsuchten sie sämtliche Räume und fanden schließlich ihre Beute.

Die Kripo fragt, wer etwas beobachtet hat. Hinweise gehen an die Polizei, unter (0 22 61) 81 99-0. (r)

## Marktplatz wird wieder autofrei

**Wipperfürth.** Der Wipperfürther Marktplatz wird in der Zeit von Mittwoch, 1. April, bis zum 31. Oktober an den Wochenenden wie in den Vorjahren autofrei sein. Die Regelung gilt ab freitags nach dem Wochenende bis montags, 6.45 Uhr. Wegen der Osterfeiertage findet der Wochenmarkt statt am Karfreitag am Donnerstag, 2. April, mit kleinerem Angebot statt. (r)

# Wie die aktuelle Krise die Energiewende beschleunigt

Beim Jahresempfang der SPD Engelskirchen sprach der gebürtige Runderothener und Energiefachmann Tobias Heldt

VON SIEGBERT DIERKE

**Engelskirchen.** Zum Jahresempfang der SPD Engelskirchen kamen rund 60 Gäste, überwiegend aus den Reihen der Sozialdemokraten, ins neue Baumwollager in Engelskirchen. Dort hatte der SPD-Vorstand die Mitglieder zum Meinungsaustausch bei Kaffee und Kuchen eingeladen. „Den Jahresempfang veranstalten wir heute bereits zum 26. Mal – er hat sich über die Jahre etabliert“, sagte Ortsvereinsvorsitzender Tobias Blumberg.

Gastredner der Veranstaltung am Sonntagmittag war Tobias Heldt. Der Berater im Energiesektor referierte zum Thema „Energiekooperation in Europa“. Er erläuterte, wie sich nationale Eigenheiten in verschiedenen Ländern und welt-

weite Krisen auf die Reformen in der Energie-, Klima- und Umweltpolitik auswirken: Denn der Traum von grenzenloser Energiekooperation innerhalb Europas kollidiere zunehmend mit nationalen Interessen, so Heldt.

Während der Balkan und der Kaukasus dringend Energiereformen benötigen, gebe es in großen Staaten weltweit und in Europa eine wachsende Skepsis gegenüber der Integration jener Länder, beschreibt der Energiespezialist, der für das Münchner Beratungsunternehmen „Omnia – The Plural of Energy“ tätig ist. Das hat sich auf die Transformation des Energiesektors spezialisiert. „Wir entwickeln Reformszenarien für diese Länder etwa in der Balkan-Region“, erklärt Heldt. Welche Rolle geopolitische Krisen hier eine

Rolle spielen und wie diese die gemeinsamen Klima- und Umweltziele beeinflussen, erläuterte der Fachmann ebenso wie die Frage, welche Zukunft die europäische Zusammenarbeit hat, wenn jede Nation für sich alleine um diese Reformen in Energie-, Klima- und Umweltbereichen kämpft.

Anhand von sechs Themenfeldern als „Energieformen zwischen Krise und Kooperation“ skizzierte Heldt die Parameter: „Geopolitische Machtverschiebungen im Energiesektor“, „Krisen als Beschleuniger“, die „Bedeutung von Energieunabhängigkeit der einzelnen Länder“, „Nationale Souveränität und regionale Integration“, „Soziale und regionale Ungleichheiten“ sowie „Technologische Transformation und Innovation“.

„Der russische Angriff auf die Ukraine hat eine Energiekrise ausgelöst, die gleichzeitig die Energiewende beschleunigt hat“, zitierte er die Internationale Energieagentur.

Tobias Heldt ist in Runderoth geboren und aufgewachsen. Der fachliche Schwerpunkt seiner Arbeit liegt neben Projektmanagement in Reformprojekten im Balkan- und Kaukasus. Er berät Regierungen und staatliche Institutionen bei der Anpassung von Gesetzgebung und institutionellen Strukturen an geltende Standards der Europäischen Union.

Zu den weiteren Gästen des Empfangs zählten Heidrun Schmeis-Nock als stellvertretende Landrätin, Engelskirchens Bürgermeister Lukas Miebach, Friedhelm Julius Beucher (Ehrenvorsitzender der SPD Oberberg) sowie Torsten Konzelmann (Vorstand SPD Gummersbach). Musikalisch untermalt worden war der Jahresempfang vom Duo „Two for You“.



Der von einem stationären Blitzer überwachte Abschnitt der Landesstraße in Nümbrecht-Niederbröl.

Foto: Sülzer

# L339: Anwalt hat „erhebliche Zweifel“ an der Rechtmäßigkeit

Sanierungsarbeiten, Schilderwildwuchs, Blitzer-Ärger: Anwohner fordert Straßen NRW auf, verkehrsrechtliche Anordnung offenzulegen

**Niederbröl.** Der Ärger von Anwohnern und Verkehrsteilnehmern in Nümbrecht-Niederbröl über die Verkehrssituation auf der Landesstraße zwischen Gaderoth und Waldbröl-Bröl hält an. Der Anwohner und Jurist Volker Steffen findet sehr deutliche Worte der Kritik; er spricht von Behördenversagen und ärgert sich: „Hinsichtlich der Reparatur von Schlaglöchern scheint Straßen NRW jeglichen Bezug zur Realität verloren zu haben“; die Behörde habe seiner Meinung nach zusammen mit dem Oberbergischer Kreis einen Schildbürgerstreich produziert.

Hintergrund der Verärgerung ist die Reparatur von Schlaglöchern auf der L339, vor allem aber die damit einhergehende Einrichtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen. Die Volker Steffen als „uneinheitlich und nicht konsistent“ beschreibt. „Auf zirka sechs Kilometern stehen insgesamt 13 Verkehrsschilder kun-

terbunt gemischt von 30 km/h bis 70 km/h, je nach Gutdünken.“ Insbesondere im Bereich von Niederbröl sei die Geschwindigkeit auf Tempo 30 beschränkt, „obwohl nach objektiver Betrachtung weder relevante Fahrbahnschäden noch sonstige atypische Gefahrenmomente vorliegen“, schreibt Volker Steffen. In dem Bereich sei kein Schlagloch gewesen und es sei auch kein notdürftig geflickt worden, berichtet er.

## Rechtlicher Prüfung unterzogen

Dennoch sei die Geschwindigkeitsmessanlage, die der Oberbergische Kreis dort betreibt, auf das Tempolimit von 30 Stundenkilometern eingestellt. Der Jurist betont, dass die Rechtsprechung eine konkrete, qualifizierte Gefahrenlage erfordere. Steffen: „Eine solche qualifizierte Gefahrenlage ist vorliegend nicht ersichtlich.“

Nun hat sich der Rechtsanwalt direkt an den Landesbetrieb Straßen

NRW gewandt und angezeigt, dass er die Beschilderung im besagten Abschnitt einer rechtlichen Überprüfung unterzogen habe. „Nach dem Ergebnis dieser Prüfung bestehen erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der dort angeordneten Verkehrszeichen“, heißt es in einem Schreiben des Anwalts, das der Redaktion vorliegt.

In der Konsequenz hat der Niederbröler Rechtsanwalt den Landesbetrieb Straßen NRW nun aufgefordert, die vollständige verkehrsrechtliche Anordnung einschließlich Begründung offenzulegen; dazulegen, welche konkrete Gefahrenlage die jeweiligen Beschränkungen rechtfertigen soll; nachzuweisen, wann zuletzt eine Überprüfung der tatsächlichen Verhältnisse vor Ort erfolgt ist und schließlich „die rechtswidrige Beschilderung unverzüglich zu entfernen bzw. anzupassen, sofern eine tragfähige Begründung nicht vorliegt.“ (sül)



Im Gespräch beim SPD-Jahresempfang waren (v.l.) Christina Willenbrecht, Tobias Heldt und Ortsvereinsvorsitzender Tobias Blumberg. Foto: Dierke